



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

## Weshalb die Unia NEIN zu Ecopop sagt

Die Ecopop-Initiative entspringt einem reaktionär-ökologischen Gedankengut. Sie will die Umweltprobleme mit einer radikalen Begrenzung der Zuwanderung bzw. der Bevölkerungszunahme „lösen“. Sie macht Migrant/innen zu Sündenböcken für Umweltprobleme und leistet einer Diskriminierung von Menschen ohne Schweizer Pass Vorschub.

Auch wenn sie dies bestreiten, machen sich die Initiant/innen so zur Komplizin rechtspopulistischer Parteien und Strömungen, die seit Jahren predigen: Migration ist schlecht, die Schweiz müsse sie viel stärker „steuern“ und nur jene ins Land reinlassen, die tatsächlich „gebraucht“ werden. Gleichzeitig löst die Initiative kein einziges ökologisches Problem.

Die Unia lehnt die Initiative und die dahinter stehende Ideologie insbesondere aus folgenden Gründen ab:

### Ecopop führt zu prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen

- Die Ecopop-Initiative fordert die radikale Begrenzung der ständigen Wohnbevölkerung (Bewilligungen B und C). Nicht betroffen sind Grenzgänger/innen und Kurzaufenthalter/innen. Das führt dazu, dass die Zahl der Kurzaufenthaltsbewilligungen drastisch zunehmen wird. Denn um ihren Bedarf an Arbeitskräften zu decken, werden Arbeitgeber vermehrt auf diese zurückgreifen. Das führt zu einer **massiven Zunahme von prekären Aufenthaltsbewilligungen und Arbeitsverhältnissen**. In den Grenzregionen werden vermehrt Sonderproduktionszonen mit schlecht entlohnten Arbeitsplätzen entstehen. Dies führt zu einer Erosion der Arbeitsbedingungen und zu Lohndruck für alle Arbeitnehmenden.
- Ecopop führt nicht zu weniger ausländischen Arbeitskräften in der Schweiz, aber zu mehr Migrant/innen mit weniger Rechten. Schon heute kämpfen Kurzaufenthalter/innen mit vielen alltäglichen Problemen und Diskriminierungen (bspw. bei der Wohnungssuche oder Schwierigkeiten bei der Eröffnung eines Bankkontos). Mit Ecopop würde jedoch das Freizügigkeitsabkommen gekündigt werden, welches auch Kurzaufhaltern ein Anrecht auf Familiennachzug zugesteht. Ecopop führt so zu einer **Rückkehr zu Verhältnissen wie unter dem Saisonierstatut**, wo Familien auseinandergerissen und Kinder, falls sie doch illegal in die Schweiz kamen, keine Schule besuchen konnten und im Versteckten leben mussten.
- Die Annahme der Ecopop-Initiative bedeutet **das definitive Aus für die Personenfreizügigkeit**, welche es allen Arbeitnehmenden, Schweizer/innen und Migrant/innen erlaubt, im gesamten EU-Raum zu arbeiten und zu leben. Die Initiative nimmt den Menschen das Freiheitsrecht, ihren Lebensmittelpunkt frei wählen zu können. Schweizer/innen können mit Ecopop ebenso wie Migrant/innen nicht mehr frei in andern Ländern Europas arbeiten oder studieren.
- Die Ecopop-Initiative bedeutet das **definitive Aus für die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne**, die an die Personenfreizügigkeit gebunden sind. Mit ihnen soll garantiert werden, dass unabhängig vom Pass alle, die in der Schweiz arbeiten, gleichen Lohn für

gleiche Arbeit erhalten. Dazu sehen die flankierenden Massnahmen (zu verbessernde) Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten vor. Mit dem Wegfall der Personenfreizügigkeit sind diese Massnahmen hinfällig, was dem Lohn- und Sozialdumping Tür und Tor öffnet.

- Ein nach verschiedenen, teils diskriminierenden Statuten strukturierter Arbeitsmarkt erleichtert die **Spaltung der Arbeitnehmenden** und erschwert so deren Interessenwahrnehmung. Als die Schweizer Migrationspolitik mit Kontingenten und Saisonierstatut operierte, schwächte dies die Verhandlungsposition der Gewerkschaften und führte zu massivem Lohndruck, etwa auf dem Bau oder in der Industrie. Im früheren Kontingentsystem verdienten Saisoniers für die gleiche Arbeit fast 15 Prozent weniger als Arbeitskräfte mit Schweizer Pass. Eine Rückkehr zu solchen Verhältnissen wollen wir verhindern.
- Ecopop führt zu **mehr Illegalität und Schwarzarbeit**, denn wenn die Arbeitgeber die benötigten Arbeitskräfte nicht auf legalem Weg anstellen können, dann lagern sie entweder Bereiche aus oder stellen Arbeitskräfte schwarz ein.
- Ecopop führt zudem zu einer erneuten **Verschärfung der Flüchtlingspolitik**, da Flüchtlinge zur ständigen Wohnbevölkerung gerechnet werden und künftig aus rein numerischen Gründen abgewiesen werden müssen. Damit verstösst die Initiative aber auch gegen Völkerrecht, denn Flüchtlinge, die in ihrem Heimatland bedroht sind, dürfen nicht zurückgeschickt werden.

### **Ecopop gefährdet den Werkplatz Schweiz und die bilateralen Verträge**

- Die Ecopop-Initiative bedeutet das Ende der Bilateralen Verträge I, die neben der Personenfreizügigkeit u.a. auch wichtige Abkommen wie jene zu Technische Handelshemmnisse, Landverkehr oder Forschung enthalten. Diese Abkommen regeln die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Ein Ende dieser Verträge führt zu einer Isolierung unseres Landes. Das wird massive wirtschaftliche Auswirkungen haben, ist die EU doch die mit Abstand wichtigste Handelspartnerin der Schweiz (2012: 56% der Exporte und 75% der Importe). Tausende **von Stellen vorab in der Industrie werden verschwinden**; die Exporte werden einbrechen und viele Betriebe eine Auslagerung anstreben.
- Ein offener und gleichberechtigter Austausch mit den Nachbar- und weiteren Ländern ist aber nicht nur ökonomisch wichtig. Er ist auch für die Wissenschaft, die Weiterbildung, die kulturelle Entwicklung, kurz **unseren gesellschaftlichen Wohlstand insgesamt unentbehrlich**. Ohne diesen Austausch wird die Schweiz verarmen.

### **Ecopop löst keine Umweltprobleme, sondern lenkt von diesen ab**

- Ecopop will mit Bevölkerungs- und Einwanderungspolitik die Umweltprobleme lösen. Die Realität aber zeigt: Das Hauptproblem für die Umweltkrisen sind nicht die „zu vielen“ Menschen, sondern dass einige von ihnen über ihren Verhältnissen leben und zu viele Ressourcen verbrauchen (ökologischer Fussabdruck). So belasten arme Länder, auch wenn ihre Bevölkerung verhältnismässig gross ist, die Umwelt viel weniger als die Bewohner/innen reicher Länder wie der Schweiz. 20 Prozent der Weltbevölkerung verbraucht heute 80 Prozent aller Ressourcen<sup>1</sup>. Um die Umweltprobleme zu lösen, müssen wir **beim zu hohen Ressourcenverschleiss ansetzen**, mit einer zukunftsfähigen Energie-, Verkehrs- und Raumplanungspolitik.

---

<sup>1</sup> Quelle: Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza)

- **Umweltprobleme kennen keine Grenzen.** Man löst sie nicht, indem man sich abschottet, sondern nur gemeinsam, in Zusammenarbeit mit andern Staaten. Statt wie Ecopop einfach die Schweizer "Heidilandschaft" retten zu wollen, muss diese Zusammenarbeit verstärkt werden.
- Ecopop löst die Umweltprobleme nicht nur nicht, sondern verschlimmert sie ganz konkret. Die von ihr vorgeschlagene radikale Begrenzung der Einwanderung fördert unweigerlich eine drastische Zunahme von Grenzgänger/innen und den damit verbundenen **Pendlerverkehr**. Grenzgänger/innen kommen zudem von immer weiter her: Im 4. Quartal 2013 stammten 157 aus Grossbritannien, 150 aus Polen und 148 aus Belgien.

### **Ecopop ist kolonialistisch**

- Die Ecopop-Initiative fällt in das alte Paradigma der Bevölkerungskontrolle zurück: Sie verpflichtet die Schweiz, der Bevölkerung armer Länder den Verzicht auf Kinder zu predigen. **Dieses koloniale Denken ist unmenschlich und lehnen wir ab.**
- Fachleute der Entwicklungszusammenarbeit sind sich einig: Die einseitige Förderung der „freiwilligen Familienplanung“, wie sie Ecopop verlangt, ist das falsche Mittel, um die Armut zu bekämpfen. Eine hohe Geburtenrate ist die Folge, nicht die Ursache von Armut. Alle Erfahrungen zeigen: Je besser es den Menschen geht, je höher ihr Einkommen ist und je stärker die gesellschaftliche Stellung der Frauen, desto niedriger ist die Geburtenrate. Hier gilt es anzusetzen. Deshalb konzentrieren sich sowohl die Hilfswerke, wie die staatliche Entwicklungszusammenarbeit auf eine **nachhaltige Aufklärungs-, Bildungs- und Gesundheitspolitik** und auf die **Stärkung der Rechte der Frauen**. Parallel braucht es eine faire Handels- und Wirtschaftspolitik, welche arme Staaten nicht benachteiligt, sondern in ihrer Entwicklung unterstützt.

4.8.2014